



**Innenausschuss (15.),
Rechtsausschuss (15.) und
Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (24.)**

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

11. Mai 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:06 Uhr bis 11:48 Uhr

Vorsitz: Angela Erwin (CDU) (IA)

Protokoll: Alexander Happ

Verhandlungspunkt:

**Einsatzkräfte schützen und Vertrauen in die Handlungsfähigkeit unseres
Rechtsstaates bewahren – die Landesregierung muss Konsequenzen
aus der Silvesternacht ziehen!**

3

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/2553

– Anhörung von Sachverständigen (*s. Anlage*)

Innenausschuss (15.)

11.05.2023

Rechtsausschuss (15.)

ha

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (24.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Einsatzkräfte schützen und Vertrauen in die Handlungsfähigkeit unseres Rechtsstaates bewahren – die Landesregierung muss Konsequenzen aus der Silvesternacht ziehen!

Antrag

der Fraktion der SPD

Drucksache 18/2553

– Anhörung von Sachverständigen (s. *Anlage*)

Vorsitzende Angela Erwin (IA): Einen wunderschönen guten Morgen! Ich begrüße Sie alle ganz herzlich zur 15. Sitzung des Innenausschusses, zur 15. Sitzung des Rechtsausschusses und zur 24. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales. Ich begrüße ganz herzlich alle Mitglieder der drei Ausschüsse, alle Vertreterinnen und Vertreter der Landesregierung, alle Zuhörerinnen und Zuhörer, die Vertreterinnen und Vertreter der Medien und ganz besonders die Sachverständigen, die sowohl hier im Saal als auch per Video teilnehmen. Heute zugeschaltet werden Frau Rau und Herr Professor Dr. Zick.

Die drei genannten Ausschüsse führen die heutige Anhörung gemeinsam durch; der Ausschuss für Heimat und Kommunales, der Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend sowie der Integrationsausschuss beteiligen sich nachrichtlich. Ich möchte darauf hinweisen, dass das Ende dieser Anhörung auf 12 Uhr festgesetzt wurde. Ich gehe von Ihrem Einverständnis mit der Tagesordnung aus. – Ich sehe keinen Widerspruch.

Ich danke den Sachverständigen ganz herzlich für die vorab eingereichten schriftlichen Stellungnahmen, die für uns Parlamentarier eine wesentliche Arbeitserleichterung darstellen. Sie können davon ausgehen, dass die Abgeordneten sie gelesen haben, Eingangstatements Ihrerseits sind daher nicht vorgesehen. Die Abgeordneten werden sich vielmehr direkt mit Fragen an Sie wenden. Ich bitte Sie also, konkret auf die Fragen der Abgeordneten zu antworten, anstatt Ihre schriftlichen Stellungnahmen wiederzugeben.

Ich sehe, dass Herr Professor Dr. Zick noch nicht zugeschaltet ist. Wir kümmern uns darum. Nichtsdestotrotz eröffne ich die erste Fragerunde, in der drei Fragen pro Fraktion vorgesehen sind.

Dr. Christos Katzidis (CDU): Ganz herzlichen Dank an alle Sachverständigen für ihre Stellungnahmen und die Bereitschaft, heute Rede und Antwort zu stehen. Alle meine Fragen richten sich an alle Sachverständigen.

Im Antrag der SPD-Fraktion nimmt das Thema „Prävention“ großen Raum ein. Schaut man sich zum Beispiel die Fallzahlen von häuslicher Gewalt in Nordrhein-Westfalen an, die sich auf einem Zwanzigjahreshoch befinden, dürfte allen klar werden, wo die Ursachen der Probleme liegen. Was sollte aus Ihrer Perspektive die Politik tun, um die Vermittlung von gesellschaftlichen Werten und die Prävention in die frühkindliche

Innenausschuss (15.)

11.05.2023

Rechtsausschuss (15.)

ha

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (24.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Erziehung mit einzubeziehen? Können Sie konkrete, zielführende Maßnahmen mit Blick auf die Eltern, die Schule bzw. die Erziehung nennen?

Ein weiterer Beschlusspunkt des Antrags zielt darauf ab, dass Konzepte zu entwickeln seien, um „in Stadtteilen mit prekären sozialen Verhältnissen junge Menschen für den Dienst sowohl in der Polizei als auch in den Feuerwehren und Hilfsdiensten zu begeistern“. Das hat auch etwas mit ehrenamtlichem Engagement zu tun. Haben Sie Ideen, wie man das umsetzen könnte? Als Stichwort nenne ich die in verschiedenen Bundesländern in Städten, Ortsteilen oder Schulen durchgeführten Blaulichttage. Halten Sie diese für geeignet, um junge Menschen für Blaulichtorganisationen zu interessieren und eine andere Beziehung zwischen ihnen und den Organisationen herzustellen?

Eine weitere Frage bezieht sich auf Formate in der kommunalen Sicherheitsverantwortung wie zum Beispiel Kriminalpräventive Räte, runde Tische und die Quartiersarbeit. Eine Form der verstärkten Quartiersarbeit wäre es, in Städten und Kommunen bei den Ordnungsämtern Bezirksbeamte einzusetzen, die immer mit der Polizei Streife gehen. Kann das ein Beitrag zu einer besseren Prävention in besonders belasteten Ortsteilen sein?

Vorsitzende Angela Erwin (IA): Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Katzidis. – Mir ist ein Fehler unterlaufen. Da es sich um einen Antrag der SPD-Fraktion handelt, hätte ich ihr zuerst das Wort erteilen sollen. Ich werde das in der zweiten Runde berücksichtigen.

Können die zugeschalteten Sachverständigen uns inzwischen hören? – Das scheint nicht so zu sein. Wir werden uns um die technische Probleme kümmern.

Christina Kampmann (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Bei einer früheren Anhörung hatten wir das auch schon, aber die SPD ist geduldig. – Wir freuen uns über die große Zustimmung zu unserem Antrag und über die Stellungnahmen, die jeweils deutlich machen, dass wir nicht nur politisch mehr reden, sondern vor allem auch handeln müssen. Die vielen Ideen aus den Stellungnahmen dazu, wie wir die Probleme angehen können, haben uns begeistert und in dem Ansatz bestärkt, die unterschiedlichen Akteure regelmäßig an einen Tisch zu bringen um eine Strategie auszuarbeiten. Wir nehmen gerne auch den Hinweis – ich meine, er kam von der GdP – zur Kenntnis, dass das auch auf kommunaler Ebene Sinn machen würde. Wir können uns auch vorstellen, in dieser Hinsicht noch etwas zu ergänzen.

Die erste Frage richtet sich an alle Sachverständigen und bezieht sich auf die von Herrn Professor Zick – er kann uns vielleicht immer noch nicht hören, sieht aber zumindest aufmerksam aus – in seiner Stellungnahme unterstützte Entwicklung eines Landesgewaltpräventionsplanes unter Beteiligung von Politik, Forschung, Einsatzkräften und Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft. Das ist wahrscheinlich eines der Kernelemente für zukünftige Erfolge. Wie könnte ein solcher Strategieplan zur Gewaltprävention aussehen?

Innenausschuss (15.)

11.05.2023

Rechtsausschuss (15.)

ha

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (24.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Die zweite Frage richtet sich ebenfalls an alle Sachverständigen und bezieht sich auf andere Bundesländer und Kommunen, um zu schauen, ob die Prävention dort möglicherweise besser läuft: Gibt es dort Beispiele, wie Einsatzkräfte zukünftig besser geschützt werden können, von denen Nordrhein-Westfalen lernen kann?

Die dritte Frage richtet sich eigentlich an Herrn Professor Zick, aber auch an Herrn Mansour. Wie lässt sich das Vertrauensverhältnis von jungen Menschen in den Quartieren, über die wir sprechen, zu den Einsatzkräften verbessern, wie lassen sich Vorurteile und Feindbilder abbauen? Falls es hierzu nachahmenswerte Beispiele gibt: Welche Erfahrungen wurden damit gemacht?

Vorsitzende Angela Erwin (IA): Herzlichen Dank, Frau Kollegin Kampmann. – Wir haben noch immer technische Probleme und müssen das System im Plenarsaal neu starten. Frau Rau und Herr Professor Dr. Zick sind hierüber informiert. Die bisher an diese beiden Sachverständigen adressierten Fragen müssten in der nächsten Frageunde wiederholt werden.

Dr. Julia Höller (GRÜNE): Ich danke den Sachverständigen sowohl für ihre Zeit heute als auch für die Erstellung ihrer schriftlichen Stellungnahmen. Sie haben vielfältige und aus unserer Sicht richtige Maßnahmen beschrieben, von denen jedoch leider viele nicht auf Landesebene umsetzbar sind, weil sie den Bund oder die Kommunen betreffen.

Die erste Frage richtet sich an alle, insbesondere aber an Professor Zick. Welche konkreten Maßnahmen kann ein längerfristiger Strategieplan enthalten, die auf Landesebene umgesetzt werden können?

Die zweite Frage hätte ich an Herrn Professor Zick gerichtet; ich hebe sie mir für die zweite Frageunde auf.

Die dritte Frage bezieht sich generell auf den Themenbereich „Sicherheit im öffentlichen Raum und kommunale Kriminalprävention“ und richtet sich insbesondere an die Gewerkschaften. Inwiefern kann die Kriminalprävention auf kommunaler Ebene gestärkt werden? Wie kann die Landespolitik die Zusammenarbeit der Akteure stärken und dabei auch die Polizei einbinden? Sehen Sie hierbei konkrete Möglichkeiten für die Landespolitik?

Marc Lürbke (FDP): Seitens der FDP-Fraktion ganz herzlichen Dank für die vielen Vorschläge der Sachverständigen. Besserer Schutz für unser Einsatzkräfte ist absolut notwendig, und es ist Aufgabe des Landes, ihn nicht nur an Silvester sondern an 365 Tagen im Jahr sicherzustellen. Deshalb ist es gut, dass diese Anhörung stattfindet und dass so viele Ideen aus den verschiedenen Stellungnahmen auf dem Tisch liegen. Es ist die Aufgabe des Landes und der regierungstragenden Koalition, anhand dieser Ideen einen umfassenden Strategieplan gegen Gewalt in Nordrhein-Westfalen zu erarbeiten.

Innenausschuss (15.)

11.05.2023

Rechtsausschuss (15.)

ha

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (24.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Meine ersten Fragen richten sich an die Vertreter der GdP und des BDK. In beiden Stellungnahmen sprechen Sie das Problem „Gewalt aus Gruppen“ und damit gruppendynamische Prozesse an. Teilen Sie den Eindruck, dass in Nordrhein-Westfalen oftmals auch schwere Straftaten aus Gruppen heraus vermehrt zu einem nahezu risikolosen Verbrechen werden, weil es so schwierig ist, Einzeltäter aus diesen Gruppen zu belangen? Die GdP schreibt – der BDK äußert sich ähnlich –, das sei in entsprechenden Kreisen so bekannt, dass dies gezielt ausgenutzt werde. Beide Gewerkschaften zielen auf den § 125 StGB ab. Können Sie die notwendigen Änderungen ausführlicher darstellen, die notwendig sind, um Tumultdelikte bzw. Straftaten aus Gruppen heraus besser bekämpfen zu können?

Die zweite Frage richtet sich ebenfalls an die Vertreter von GdP und BDK. Wir diskutieren häufig darüber, ob in Nordrhein-Westfalen wirklich die Strafe auf dem Fuße folgt. Welche Möglichkeiten sehen Sie hinsichtlich eines weiteren Ausbaus beschleunigter Verfahren in Nordrhein-Westfalen? Sollten bei einem klaren Sachverhalt flächendeckend beschleunigte Verfahren angewendet werden und was bräuchte es, um das umzusetzen?

Die GdP schildert in ihrer Stellungnahme: „Möglicherweise halten einige Gerichte die Verletzung von Polizeibeamten im Dienst für ein Berufsrisiko“. Sehen Sie das nur aufseiten der Gerichte oder ist das teilweise auch auf polizeilicher Seite schon der Fall? Ich erinnere mich an Behördenleiter, die mir im Gespräch gesagt haben: Ein Uniformträger muss ein Stück weit aushalten, dass ihm mal ein paar böse Worte entgegengeschlagen. – Sehen Sie auch innerhalb der Polizei Optimierungsbedarf in dieser Richtung? Sehen Sie Verbesserungsbedarf bei den aktuellen Regelungen bezüglich Regress und Schadensansprüchen für Ihre Kolleginnen und Kollegen?

Sie sprechen die Modernisierungsoffensive an. Zum Stichwort „Gleichbehandlungsgrundsatz“ erwähne ich als Beispiel DEIG, da es sowohl in der GdP-Stellungnahme als auch beim BDK Thema war. Der BDK schreibt sogar: „Ideologische Debatten werden auf dem Rücken der Kolleginnen und Kollegen ausgetragen“. Ist es vertretbar, dass derzeit nur 18 von 47 Kreispolizeibehörden in Nordrhein-Westfalen mit diesem nachweislich gegen Übergriffe wirksamen Mittel ausgestattet sind? Ist es vor dem Hintergrund des Gleichbehandlungsgrundsatzes nicht schnellstens abzustellen, dass einige Kollegen besser ausgestattet sind als andere?

Meine nächste Frage richtet sich an Herrn Mansour ...

Vorsitzende Angela Erwin (IA): Herr Kollege Lürbke, wir haben uns darauf verständigt, drei Fragen zu stellen. Das waren schon mehr als drei Fragen.

Marc Lürbke (FDP): Das ist an mir vorbeigegangen. Ich stelle meine Frage an Herrn Mansour dann in der zweiten Fragerunde. Vielen Dank.

Innenausschuss (15.)

11.05.2023

Rechtsausschuss (15.)

ha

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (24.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Prof. Dr. Daniel Zerbin (AfD): Zunächst möchte auch ich mich bei den Sachverständigen für die Erstellung ihrer interessanten Stellungnahmen bedanken und auch dafür, dass sie heute hier erschienen sind.

Die ersten zwei Fragen richten sich an Herrn Mansour. In Ihrer sehr interessanten Stellungnahme haben Sie die Phänomene analysiert, die insbesondere an Silvester zu sehen waren. Werden wir diese Phänomene öfter sehen, werden sie sich verstärken? Weiterhin beschreiben Sie eine bestimmte Gruppe, ein gewisses Milieu, woraus diese Gewalt hervorgeht. Sind aus diesem Milieu weitere Straftaten in diesem Phänomenbereich zu erwarten?

Die dritte Frage richtet sich an den Vertreter des BDK. Sie schreiben, dass es schon immer Gewaltphänomene gegeben habe, zum Beispiel in den 50er-Jahren, die Chaostage in Hannover, Wuppertal usw. Das ist sicherlich richtig, Kriminalität ist ein normales Phänomen. Im Vergleich mit dem ebenfalls von Ihnen erwähnten Frankreich: Gibt es noch mehr Tätermerkmale als „jung“ und „männlich“?

Vorsitzende Angela Erwin (IA): Herzlichen Dank. – Damit sind wir am Ende der ersten Fragerunde angekommen und ich darf die Sachverständigen bitten, auf die Fragen konkret zu antworten. Ich schlage vor, dass wir anhand des Tableaus vorgehen.

Michael Maatz (Gewerkschaft der Polizei NRW): Zu den Fragen der CDU. Nach unserem Dafürhalten kann mit Prävention nicht früh genug begonnen werden. So, wie es im Moment läuft, kann es nicht weitergehen. Wir als GdP meinen, dass es Konzepte für Kindergärten, Schulen und Kitas braucht, um junge Menschen schon früh auf den richtigen Weg zu bringen. Diese Tumultdelikte bzw. Ausschreitungen, die wir inzwischen regelmäßig wahrnehmen, gab es früher nicht. Irgendetwas muss in der Gesellschaft schiefgelaufen sein. Aus unserer Sicht ist das ein gesamtgesellschaftliches politisches Problem. Wir müssen früh anfangen und vor allem bei Kindern versuchen, sie auf den richtigen Weg zu bringen und Gewalt in diesem Bereich zu verhindern.

Blaulichttage für junge Menschen sind gut. Solche Veranstaltungen betreffen auch andere öffentliche Dienste wie die Feuerwehr und Rettungsdienste und können helfen, junge Menschen für diese Berufe zu begeistern und Verständnis für sie zu wecken. Auch wenn sich jemand daraufhin nicht bewirbt, sieht er, was für tolle Sachen da gemacht werden, wie anspruchsvoll diese Berufe sind etc. Dieser Ansatz kann sicherlich noch ausgeweitet werden.

Für die Polizei kann ich sagen, dass wir aktuell im Bereich „Werbung“ massive Anstrengungen unternehmen, um die 3.000 Einstellungen – für deren Möglichkeit wir sehr dankbar sind – zu realisieren. Es gibt verschiedene Ansätze, zum Beispiel Menschen aus unterschiedlichen Berufsgruppen anzusprechen, die bereits ein paar Jahre im Beruf sind, und zu versuchen, diese für die Polizei zu gewinnen etc. In dem Bereich kann man eine Menge tun. Veranstaltungen wie die Blaulichttage sind sicherlich ein zielführender Weg.

Innenausschuss (15.)

11.05.2023

Rechtsausschuss (15.)

ha

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (24.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Die Einrichtung „Kriminalpräventive Räte“ begrüßen wir ausdrücklich. Unseren Erfahrungen nach ist hierbei in der Vergangenheit jedoch relativ wenig passiert. Es bräuchte mehr Dynamik, damit sich das ändert. Doppelstreifen mit einem Kollegen von uns und mit jemandem vom Ordnungsdienst bzw. von den Ordnungsbehörden sind eine Möglichkeit, um in Brennpunkten vor Ort wahrgenommen zu werden und das Sicherheitsgefühl der Bürger zu stärken. Das ist ebenfalls ein Ansatz, den wir unterstützen.

Es braucht einen umfassenden Strategieplan zur Gewaltprävention, der auch realisiert wird. Bisher ist nach jedem Ereignis mit Ausschreitungen, zum Beispiel an Silvester in Köln, gesagt worden, wie schlimm das alles sei, letztendlich ist aber alles so weitergegangen wie bisher. Wir alle müssen umdenken, uns in Expertengruppen zusammensetzen und Möglichkeiten bzw. eine Strategie erarbeiten und umsetzen, um dieser Probleme Herr zu werden und sie konsequent zu verfolgen. Aus unserer Sicht sind genug Ideen vorhanden. Es hat in der Vergangenheit daran gemangelt, diese auch umzusetzen.

Veranstaltungen, bei denen wir uns als Polizei präsentieren und darstellen, zum Beispiel in Schulen oder bei Veranstaltungen für junge Menschen, sind ein lohnenswerter Ansatz, um das Vertrauensverhältnis insbesondere junger Menschen gegenüber Einsatzkräften zu stärken.

Frau Kampmann, bei Vergleichen zu anderen Bundesländern muss ich leider passen; die liegen uns aktuell nicht vor.

Der Ansatz zur Stärkung der Kriminalprävention auf kommunaler Ebene ist absolut richtig. Der Bereich „Prävention“ ist in der Vergangenheit hier viel zu kurz gekommen. Wir sollten gemeinsam neue Möglichkeiten finden und neue Wege gehen, um präventiv tätig werden zu können und es gar nicht erst zu diesen Delikten kommen zu lassen.

Herr Lürbke, Gewalt aus Gruppen ist nicht nur bei den Vorkommnissen zu Silvester, sondern zum Beispiel auch bei Fußballspielen ein riesiges Problem. Die Tatverdächtigen bzw. diejenigen, die von vornherein auf Krawall aus sind, sind in der Regel alle gleich gekleidet, was die Identifikation von einzelnen Personen sowie einen konkreten Tatvorwurf schwierig gestaltet. Hier muss im Strafrecht etwas geändert werden. Wer sich in einer solchen Gruppe befindet und in irgendeiner Form an Straftaten beteiligt, der muss auch zur Verantwortung gezogen werden.

Es ist für unsere Kolleginnen und Kollegen sehr schwierig – in Teilbereichen ist es fast unmöglich –, einzelnen Personen Straftaten zuzuordnen, wenn diese aus Gruppen heraus, möglicherweise noch bei Dunkelheit, begangen werden. Ein möglicher Verbesserungsansatz liegt in der Ausstattung der Polizei, indem für die Kolleginnen und Kollegen Möglichkeiten geschaffen werden, das Einsatzgeschehen noch besser zu dokumentieren. Hierdurch ließen sich möglicherweise einzelnen Personen konkrete Straftaten zuordnen.

Das Thema „Strafe auf dem Fuß“ ist aus unserer Sicht ganz wichtig. Es ist zu überlegen, beschleunigte Verfahren auch auf solche Bereiche auszudehnen. Zwischen Straftat und Verurteilung sollte nur wenig Zeit vergehen, sodass so schnell wie möglich

Innenausschuss (15.)

11.05.2023

Rechtsausschuss (15.)

ha

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (24.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

spürbare Sanktionen verhängt werden können. Die Justiz leidet jedoch ebenfalls unter Personalmangel, weshalb auch hier insbesondere personell aufgestockt werden muss. Die Personalprobleme bei der Justiz sind nicht wegzudiskutieren und allseits bekannt. Wenn man das umsetzen möchte, muss man personell entsprechend nachbessern.

Der Polizeiberuf ist risikoreich. Wir müssen damit leben, angegriffen zu werden und in schwierige Einsatzsituationen zu geraten, in denen man auch persönlich Schaden nehmen kann. Wir halten die seit einigen Jahren beschrittenen Wege – Behördenleiter stellen bei Angriffen auf Kolleginnen und Kollegen konsequent Strafanträge; die Justiz verurteilt konsequent – für richtig. Das schreckt sicherlich den ein oder anderen ab, weshalb dieser Weg auszubauen ist.

Herr Lürbke, bezogen auf das Thema „Ausrüstung“, zum Beispiel DEIG, ist es aus Sicht der GdP ein Unding, dass nur 18 von 47 Kreispolizeibehörden im Land hiermit ausgestattet werden. Gerade das DEIG ist zur Prävention von Gewalt ein bewährtes Einsatzmittel. Es muss alles dafür getan werden, die Polizei in allen Behörden gleich auszustatten. Es darf nicht der Eindruck vermittelt werden, es gäbe eine Polizei erster und zweiter Klasse. Gerade in den ländlichen Behörden, wo die Kolleginnen und Kollegen in heiklen Einsatzsituationen manchmal sehr lange auf Unterstützungskräfte warten müssen, ist DEIG Gold wert, weil es abschreckt und präventiv wirkt.

Vorsitzende Angela Erwin (IA): Herzlichen Dank, Herr Maatz. – Ich frage erneut Herrn Professor Dr. Zick und Frau Rau: Können Sie uns jetzt hören? – Das ist der Fall, herzlich willkommen! Wir sind bereits bei den Antworten zu den Fragen der ersten Runde. Die an Sie adressierten Fragen aus dieser werden in der zweiten Fragerunde wiederholt werden.

Oliver Huth (Bund Deutscher Kriminalbeamter Nordrhein-Westfalen): Die Polizei ist zusammen mit den Rettungskräften die letzte Institution, die an diesem Problem etwas ändern kann. Wir kriegen das ab, was die Familie viele Jahre nicht geschafft hat. Wenn wir beim Thema „Gewaltprävention“ ansetzen möchten, dann muss der Schritt in die Familien folgen, dann müssen wir uns die Familien, in denen es nicht klappt, intensiver angucken. Das muss ein System von Fordern und Fördern sein.

Ich kann aus meiner praktischen Arbeit berichten: Ein Intensivtäter erscheint am Amtsgericht Düsseldorf mit einem Bündel Postzustellungsurkunden, und seine Pflichtverteidigerin, die er vorher nicht besucht hat, fragt ihn: Wegen welcher Sache bin ich denn jetzt hier? – Das Beispiel zeigt, dass sowohl im Bereich der Justiz als auch der Polizei etwas nicht stimmt.

Es kann so nicht weitergehen, weil den Jugendlichen und Heranwachsenden die Konsequenzen nicht aufgezeigt werden. Wenn die Kriminalpolizei Jugendliche und Heranwachsende zu einer Beschuldigtenvernehmung vorlädt, dann dürfen sie schweigen und sie müssen auch nicht zur Vernehmung erscheinen. Das ist ihr Recht als Beschuldigte, das ist rechtsstaatlich garantiert, daran wird auch keine Sekunde gezweifelt.

Innenausschuss (15.)

11.05.2023

Rechtsausschuss (15.)

ha

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (24.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Dass aber die Eltern sich diesem Sachverhalt nicht annehmen, nicht ebenfalls erscheinen und Nachfragen stellen, dass das Jugendamt nicht einen Tag später unmittelbar in die Familien geht und fragt: „Es gab eine Beschuldigtenvorladung der Polizei und Sie haben sich gar nicht dafür interessiert, wie kann das sein?“, das zeigt doch auf, wo wir stehen.

Sozialarbeit ist der wesentliche Faktor, um Gewaltprävention nach vorne zu bringen. Wir haben gute Konzepte, zum Beispiel in Essen oder in der Dortmunder Nordstadt, die kommunal und teilweise auch mit Bundesmitteln gefördert werden, jedoch nicht nachhaltig mit finanziellen Mitteln ausgestattet sind und dann auslaufen. Das haben wir jüngst in der Medienberichterstattung gesehen. Wir dürfen nicht den Stein ins Rollen bringen, ihn anhalten und uns wundern, was am Ende dabei rumkommt.

Damit die Polizei zusammen mit Partnern Gewaltprävention initiieren kann, muss sie ansprechbar sein, auch in den virulenten Stadtvierteln, und das immer mit einer entsprechenden Nachhaltigkeit, also in täglicher Präsenz. Wenn Präsenz gezeigt wird, dann dürfen die Jugendlichen und Heranwachsenden nicht über die Polizisten schmunzeln, weil diese zu Fuß Streife gehen; es braucht nachhaltige Präventions- bzw. Lagekonzepte, es muss mehr Polizei sichtbar sein, nicht nur ein Kollege, der Streife geht und mit den Bürgern Kontakt aufnimmt. Allen muss klar sein: Der Polizist ist nicht alleine vor Ort, und er wird die in diesem Stadtviertel geltenden Regeln durchsetzen, unabhängig davon, wie man sich verhält.

Die Polizei geht in die Schulklassen – solche Konzepte können wirken. Für mich ist die Schule aber nicht das richtige Setting. Die Lehrerinnen und Lehrer aus fragilen Stadtteilen und aus schwierigen Schulsystemen berichten uns, dass sie überhaupt nicht zur Schülerschaft durchdringen und dass die Kooperation mit den Eltern nicht funktioniert. Was soll es bringen, wenn ein Polizeibeamter sich vor eine Klasse stellt und versucht, Verständnis für Normen, ein Wertesystem und Demokratie zu erzeugen, und ihn dabei niemand ernst nimmt?

Die Jugendlichen nehmen die Polizei nur dann ernst, wenn sie mit Partnern auch in die Familien geht und dort klargelegt wird, wie unser Koordinatensystem aussieht, was Grenzen sind und welche Folgen Grenzüberschreitungen haben. Wir müssen die Eltern beim Thema „Prävention“ mit ins Boot nehmen und ihnen klar zu verstehen geben: Sie haben einen Erziehungsauftrag! Ihr Kind bringt Waffen mit in die Düsseldorfer Altstadt! Ihr Kind geht nicht in die Schule! Sie machen dieses und jenes nicht! – Das muss Konsequenzen haben nach dem Schema „Fördern und Fordern“, sonst läuft es weiter wie bisher. Nach Silvester ist ein Punkt erreicht, an dem die Situation für die Kolleginnen und Kollegen nicht mehr akzeptabel ist.

Von der FDP kam die Frage nach der Nachhaltigkeit und der auf dem Fuße folgenden Strafe. Das lässt mich zunächst auf die Gerichtsbarkeit schauen. Der Vorsitzende des Deutschen Richterbundes, der in Ostwestfalen einem Amtsgericht vorsteht, sagt: Ich habe für beschleunigte Verfahren keine Gerichtsräume, die man buchen könnte. – Es fehlt nicht nur an Personal, sondern bereits an Verhandlungsräumen. Die Gerichtsbarkeit muss landesweit für solche Szenarien aufgestellt werden. Es darf nicht sein, dass

Innenausschuss (15.)

11.05.2023

Rechtsausschuss (15.)

ha

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (24.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

in Köln – das ist eine ältere Zahl von vor zehn Jahren – 1.000 beschleunigte Verfahren durchgeführt werden und andere Amtsgerichtsbezirke wegen fehlender Ressourcen hierzu nicht in der Lage sind.

Wird ein Polizeibeamter in der Düsseldorfer Altstadt Opfer eines Widerstands gegen Vollzugsbeamte, der Fall erst ein Jahr später vor dem Amtsgericht verhandelt – unabhängig von den Erinnerungslücken der Zeuginnen und Zeugen und den Schwierigkeiten der Dokumentation – und schließlich eine Bewährungsstrafe verhängt, ist das weit von dem entfernt, was der Rechtsstaat will. Schauen Sie sich die Situation in England an, wenn es an Wochenenden bei Fußballspielen Krawalle gibt: Der Störer kommt längerfristig in Gewahrsam, geht montags nicht zur Arbeit und hat Sorge um seinen Arbeitsplatz, wird vor Gericht geführt und mit schuld-, straf- und rechtsfolgeangemessenen Konsequenzen belegt, wie sich das in einem Rechtsstaat gehört. Das sind Perspektiven und Signale, die wir brauchen. Den Störerinnen und Störer muss klar und deutlich sein, wo die Grenzen sind und was geschieht, wenn diese überschritten werden. Das ist derzeit nicht gegeben.

Aus meiner eigenen Wahrnehmung heraus erscheinen Intensivtäter vor Gericht mit einer Melange an gelben Briefen. Um dem entgegenzuwirken, müssen Sie die Initiative „Kurve kriegen“ ausweiten und die Kriminalpolizei so aufstellen, dass sie kommissionsfähig auch gegenüber jugendlichen Intensivtätern ist. In Wuppertal haben es zwei Kollegen in bemerkenswerter Art und Weise geschafft, trotz Halbtagsstellen und einer Reihe privater wie auch dienstlicher Probleme, eine Kommission zu gründen und jugendliche Intensivtäter, die in zig Schulen eingebrochen sind, hinter Schloss und Riegel zu bringen. Es darf nicht vom Zufall abhängen, ob so etwas in einzelnen Kreispolizeibehörden gelingt.

Ich habe die klare Erwartungshaltung an die Politik, sich die Arbeitsbelastung der Jugendkommissariate anzuschauen und diese Kommissariate im OK-Bereich bzw. im Bereich der Schwerstkriminalität kommissionsfähig aufzustellen. Nur so können Jugendbanden, wie sie etwa möglicherweise in Mönchengladbach bestehen, ausgetrocknet werden und ihre Anführer in Haft genommen werden. All das muss natürlich rechtsstaatlich begleitet werden.

Eine weitere Frage der FDP betraf das Thema „DEIG“. Als Gewerkschaftler springe ich da meinen uniformierten Kollegen sowas von zur Seite. Wir in Nordrhein-Westfalen können doch nicht unterschiedliche Grade der Eigensicherung haben! Wissen Sie, welche Folgen das hat? Dieses Einsatzmittel ist geeignet, Konflikte jeglicher Art sofort zu schlichten, indem es nur gezeigt wird. Untersuchungen zeigen, dass es dann nicht zu Gewaltanwendung kommt. In Kommunen, in denen dieses Einsatzmittel nicht zur Verfügung steht, müssen die Kolleginnen und Kollegen zum nächsten Zwangsmittel greifen, um die Lage zu befrieden. Was soll das denn dann sein? Unterhalten wir uns dann wieder darüber, dass meine Kolleginnen und Kollegen körperliche Gewalt anwenden, dass es zu Faustschlägen oder noch Schlimmerem kommt? Ist dann die Schusswaffe, der Schuss in die Luft das nächste Gewaltmittel? Darüber wird dann im Innenausschuss diskutiert und alle wundern sich: Was hat die Polizei da wieder gemacht?

Innenausschuss (15.)

11.05.2023

Rechtsausschuss (15.)

ha

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (24.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Es geht sowohl um die Eigensicherung als auch um die Sicherheit des Bürgers. Wir führen Zugriffe mit Spezialeinheiten auch durch, um den Bürger zu schützen, ob Sie es glauben oder nicht. Das ist ein Top-Konzept, weil es Leib und Leben der Bürger nur minimal gefährdet. So schützen wir den Bürger nicht vor rechtsstaatlicher Polizeigewalt. Ich verstehe eine Diskussion der Argumente dafür und dagegen; es gibt gruseligste Beispielfälle. Die Gesamtschau jedoch muss möglich sein, und sie bedeutet für mich, dass wir DEIG überall in Nordrhein-Westfalen einführen.

Die Frage der AfD-Fraktion ist bei mir leider akustisch nicht angekommen. Wollten Sie die Heterogenität der Täter dargestellt haben?

(Prof. Dr. Daniel Zerbin [AfD]: Im Vergleich zwischen Deutschland und Frankreich, welche Gemeinsamkeiten gibt es da?)

Gemeinsamkeiten bestehen, das Schlimme aber ist, dass wir gar nicht wissen, wer die Täter sind. Wir nehmen nur drei von 100 fest, die mit Flaschen auf uns werfen und Mülltonnen anzünden. Es wäre vermessen zu sagen, der Straftäter sei in diesem Alter, habe diese Sozialisation und sei so oft aufgefallen. Wir erwischen kaum so viele, dass wir eine in diesen Punkten valide und reliable Statistik führen könnten. Wir haben kein valides Bild, wie mir die Forscher bestätigen werden.

Offensichtlich jedoch ist – die Forscher, die sich hiermit viel besser auskennen, werden das bestätigen –, dass solche Straftäter Sozialisationsdefizite haben. Das ist die erste Schnittmenge, und zwar in ganz Europa. Die zweite Schnittmenge: Die Polizei und die Rettungsdienste sind der Prellbock, sind die Spielverderber. Wann habe ich einen Spielverderber? Wenn ich in meinem privaten Leben so viele Probleme habe, mich nicht die Gesellschaft integrieren kann und meine, ich könnte ein Spielfeld bedienen und mich austoben. Es fehlt also an vielen sozialen Kompetenzen und ganz eindeutig an einer Zuwendung zum Rechtsstaat. Wir erleben eine Abwendung vom Rechtsstaat. Das dürfte die größte Schnittmenge auf europäischer Ebene sein.

Stefan Meuter (Verband der Feuerwehren in NRW): Zu der Frage der CDU, was Politik tun muss. Die Politik muss Gewalt gegen Einsatzkräfte dauerhaft zum Thema machen und nicht nur zu solchen Peaks wie an Silvester und vielleicht auch an Karneval. Dazu gehört auch dieser Pin, den ich am Revers trage. Er ist Teil der Kampagne „NRW zeigt Respekt!“ des Innenministeriums von Nordrhein-Westfalen, die ich der Politik ans Herz legen möchte. Viele sagen, dass ein Pin die Welt nicht retten könne, und vielleicht ist er kein Schlüssel zu mehr Respekt. Möglicherweise ist er aber ein Buchstabe des Schlüsselwortes und ein sichtbares Zeichen aus der Politik in die Gesellschaft.

In Bezug auf die Datenerfassung tappen Feuerwehren und Rettungsdienste noch relativ im Dunkeln. Es gibt inzwischen im Land das System IMEG, ein webbasiertes Meldesystem, das bis Mitte des Jahres mit 14 Kreisen und kreisfreien Städten getestet wird. Durch dieses System haben Angehörige von Feuerwehren, Rettungsdiensten und des öffentlichen Dienstes die Möglichkeit, Fälle zu melden. Hierdurch könnte eine

Innenausschuss (15.)

11.05.2023

Rechtsausschuss (15.)

ha

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (24.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

vernünftige Datenbasis erlangt werden, weshalb ich darum bitte, dieses System weiterlaufen zu lassen und auf das ganze Land auszuweiten.

In Nordrhein-Westfalen gibt es sehr gute übergeordnete Werbemaßnahmen zur Mitgliederwerbung. Ich erinnere nur an die Kampagne zum Katastrophenschutz in NRW, der im letzten Jahr ausgelaufen ist. Das Rückgrat der nicht polizeilichen Gefahrenabwehr besteht zu 85 % aus Freiwilligen. Konfrontiert man diese zusätzlich mit dem Thema „Gewalt gegen Einsatzkräfte“, so wirkt sich das demotivierend aus. Der VdF, der Verband der Feuerwehren in Nordrhein-Westfalen, betreibt auch übergeordnete Mitgliederwerbung, die durch die Politik dauerhaft zu unterstützen wäre.

Wir müssen in die Schulen und die Elternhäuser gehen, um Prävention vor Ort zu thematisieren. Ein Blaulichttag reicht hierfür nicht aus, sondern es braucht durch das Land flächendeckend ausgerollte Aktionen. Gleichzeitig müssen personelle Ressourcen geschaffen werden, damit wir als Feuerwehr und Rettungsdienst vor Ort Arbeitsgemeinschaften zum Thema „Respekt gegenüber Einsatzkräften“ bilden können.

Auch der Bund hat eine übergeordnete Kampagne namens Sicherheit.Bund.de, von der wir in Nordrhein-Westfalen uns einige Plakate abgeschaut haben. Ebenfalls ein weiterhin zu unterstützendes Landesprojekt ist das Präventionsnetzwerk „sicher im Dienst“, dem zurzeit sehr viele Kommunen, Bezirksregierungen etc. beitreten. Es handelt sich um ein Präventionsnetzwerk, in dem sich alle Akteure aus dem Bereich öffentlicher Dienst untereinander vernetzen und anhand guter Beispiele voneinander lernen können, etwa von der Stadt Aachen in Bezug auf die Ausrüstung der Ämter zum Schutz vor Gewalt.

Ein Mittel für eine längerfristige Strategieplanung durch das Land ist das innovative Melde- und Erfassungssystem IMEG. Dieses sollte nach Ablauf der Testphase am 30.06. dieses Jahres und der Präsentation der Ergebnisse weitergeführt werden. Es vereinfacht die Meldung von Vorfällen, zum Beispiel auch Beleidigungen, deutlich und ermöglicht uns und der Wissenschaft, das Problem konkreter als bisher zu benennen. Die in unserer Stellungnahme benannten Fälle beschreiben ausschließlich die angezeigten Fälle aus dem Hellfeld, die Dunkelziffer ist jedoch weitaus größer.

Wir hatten im Land den Aktionsplan „Gemeinsam gegen Gewalt – Aktionsbündnis zum Schutz von Feuerwehr- und Rettungskräfte“. Es muss evaluiert werden, was die Kommunen im Zuge dessen tun und wie die Kreise und kreisfreien Städte ihn umsetzen.

Das sehr gute Projekt Crash Kurs NRW führt dazu, dass wir zusammen mit der Polizei in die Schulen gehen. Wir würden es befürworten, ein ähnliches Projekt zum Thema „Gewalt gegen Einsatzkräfte“ in den Schulen aufzulegen. Wir erleben immer wieder, dass die Schulen andere Probleme und häufig keine Zeit haben, einen Gast der Feuerwehr zu empfangen.

Der öffentliche Dienst sollte generell in das Präventionsnetzwerk „sicher im Dienst“ eingebunden werden.

Innenausschuss (15.)

11.05.2023

Rechtsausschuss (15.)

ha

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (24.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Wir erleben immer wieder Fälle von Gewalt gegen Feuerwehrkräfte. Ich habe es letztes Jahr selbst erlebt: Ein Fall bei der Feuerwehr Neuss wurde nach zweieinhalb Jahren verhandelt und ohne Folge eingestellt. Das wirkt sich demotivierend auf die Kolleginnen und Kollegen im Rettungsdienst und bei der Feuerwehr aus und mindert auch die Bereitschaft, solche Fälle überhaupt zur Anzeige zu bringen.

Ahmad Mansour (Mansour-Initiative für Demokratieförderung und Extremismusprävention): Es ist großartig und enorm wichtig, zukünftig solche Ereignisse wie an Silvester vor sechs Monaten präventiv vermeiden zu wollen. Danke, dass Sie sich diesem Thema widmen. Es geht jedoch nicht nur um Silvester, sondern auch um andere Ereignisse, die – darauf zielte die Frage der AfD – weiterhin möglich sein werden.

Prävention ist immer eine lokale Angelegenheit. Sie wird nicht von Berlin betrieben sondern passiert da, wo die Menschen leben, auf schulischer Ebene in der Zusammenarbeit mit den Eltern und auf lokaler Ebene mit den Lokalpolitikern. Alle Konzepte müssen daher so gestaltet werden, dass sie eine gewisse Nähe zu den Personen haben, die man erreichen möchte.

Gesamtgesellschaftlich bzw. psychologisch betrachtet, stellen wir bei Kindern und Jugendlichen in allen Milieus – es gibt hierzu mittlerweile auch Forschung – aufgrund der Krisen der letzten Jahre, der großen gesellschaftlichen Veränderungen, der Digitalisierung und auch aufgrund der Coronamaßnahmen einen massiven Rückschritt bei der Empathieentwicklung fest. Diese drohende Empathielosigkeit kann zu Gewalt führen. In einem ersten Schritt hin zu Prävention muss die Entwicklung von Empathie gefördert werden. Die Maßnahmen hierfür kennt jeder Pädagoge und sie kosten nicht viel, aber wir müssen hierfür Zeit finden und in die Kindergärten sowie vor allem die Grundschulen gehen. Wer anderen Menschen empathisch gegenübersteht, neigt nicht zu Gewalt. Empathielosigkeit ist der erste Schritt nicht nur hin zu Gewalt, sondern auch zu Terrorismus.

Es ist enorm wichtig, die Eltern zu erreichen. Ein Beispiel aus Berlin zeigt, wie das gelingen kann: Im Projekt Stadtteilmütter in Neukölln, das mittlerweile bundesweit aktiv ist, wird versucht, niederschwellig Mütter zu erreichen. Diese gehen anschließend von Familie zu Familie und leisten keine groß angelegte Aufklärungsarbeit, sondern geben Tipps zu den Themen „Erziehung“ und „Ernährung“, erklären auf einfache Weise die Schulformen oder wo Jugendämter sind und was ihre Aufgaben sind. Hier gibt es viele Missverständnisse.

Ich mache bei meiner Arbeit immer wieder die Erfahrung, dass es kaum böartige Eltern gibt. Stattdessen sind Eltern überfordert oder kennen es nicht anders. Wir erreichen sie, indem wir ihnen klarmachen, dass Gewalt in der Erziehung fatale Folgen hat, dass patriarchalische Strukturen für die Entwicklung des Selbstwertgefühls problematisch sind und dass Gewalt nicht nur in der Familie bleibt, sondern auch nach außen getragen wird. Wir müssen versuchen, solche Diskussionen auf Augenhöhe zu führen.

Innenausschuss (15.)

11.05.2023

Rechtsausschuss (15.)

ha

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (24.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Ein weiteres Thema ist die Beteiligung der Eltern an der Arbeit in Schulen. Schulen berichten mir, dass Eltern aus sehr verschiedenen Gründen nicht teilnahmen. Wir machen die Erfahrung: Statt Gespräche über Noten oder vermeintliche Defizite der Kinder zu führen, sollte vielmehr eine inhaltsorientierte Arbeit erfolgen und über Erziehungsmethoden, psychische Labilität und schulische Entwicklung gesprochen werden. So werden Eltern erreicht. Daneben helfen fremdsprachliche Angebote insbesondere denjenigen, die Probleme damit haben, sich auf Deutsch zu artikulieren.

In der Jugendkultur, zum Beispiel im Gangster-Rap, aber auch in bestimmten politischen Debatten wird die Polizei als Feindbild dargestellt. Es braucht mehr Begegnungen im Alltag, zum Beispiel an Schulen, zwischen den Menschen, den Behörden, der Politik, aber auch Polizeibeamten, und nicht nur dann, wenn es zu Problemen kommt. Durch eine alltägliche Darstellung der Polizeiarbeit, etwa an den Schulen, kann ein anderes Bild entstehen, können wir viel erreichen. Hierfür braucht es viel Peer Education, also Jugendliche aus den gleichen Milieus, die aber anders denken und handeln. Mittlerweile haben zwischen 35 und 40 % der Menschen, die an der Polizeiakademie in Berlin als Polizisten arbeiten oder sich dort ausbilden lassen, einen Migrationshintergrund. Genau solche Vorbilder müssen wir präsentieren um klarzumachen, dass die Polizei kein Feind ist und nur bei Problemen auftritt, sondern dass sie auch eine Karrieremöglichkeit bietet. Das Gleiche gilt für die Rettungskräfte und Feuerwehren.

Neben einer gut funktionierenden Präventionsarbeit, die immer flächendeckend funktioniert, braucht es Repression und Abschreckung. Angriffe auf Polizeibeamte und Rettungskräfte sind ein Tabubruch. Das muss ebenfalls thematisiert und bestraft werden. Meine Erfahrungen aus JVA's bzw. Gefängnissen zeigen, dass das funktioniert: Die Leute dort begreifen durch Gewaltprävention in Gefängnissen, aber auch durch ihre Strafen, dass manche Dinge in unserer Gesellschaft No-Gos sind und nicht akzeptiert werden.

Anders sozialisierte Menschen, die möglicherweise aus autoritären Systemen zu uns gekommen sind, fassen bisweilen die Kommunikation mit der demokratischen Rechtsstaatlichkeit als Schwäche auf. In der Integrationsarbeit muss es eine zentrale Aufgabe sein, zu vermitteln, dass es kein Ausdruck von Schwäche, sondern ein Ausdruck von Stärke ist, dass die Polizei hier nicht mit Schlagstöcken unterwegs ist, dass man auch Rechte und Pflichten in der Begegnung mit rechtsstaatlichen Institutionen hat und dass demokratische Grundprinzipien besser funktionieren als in manchen Herkunftsländern. Die Menschen sind zu uns gekommen, weil sie Freiheit und Sicherheit suchen. Es darf nicht sein, dass ausgerechnet in der Begegnung mit diesen Institutionen im Alltag die Polizei als sehr schwach wahrgenommen wird und der Eindruck entsteht, man könne es sich erlauben, Gewalt gegenüber der Polizei anzuwenden.

Diese Punkte sind enorm wichtig, um solche Straftaten nicht alltäglich werden zu lassen und stattdessen eine Generation von Menschen zu formen, die respektvoll mit unserer Rechtsstaatlichkeit umgeht, und in Begegnungen mit Gleichaltrigen Gewalt nicht als ein Kommunikationsmittel betrachtet.

Innenausschuss (15.)

11.05.2023

Rechtsausschuss (15.)

ha

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (24.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Vorsitzende Angela Erwin (IA): Herzlichen Dank, Herr Mansour. – Es ist 11 Uhr, wir sind am Ende der ersten Fragerunde und beginnen direkt mit der zweiten. Ich schlage vor, dass bei der Beantwortung zuerst Herr Professor Dr. Zick und Frau Rau aufgerufen werden, da sie bislang noch nicht zu Wort kommen konnten, und wir danach in der umgekehrten Reihenfolge des Tableaus vorgehen.

Christina Kampmann (SPD): Vielen Dank für die Antworten aus der ersten Runde, denen man entnehmen kann, dass es mehr Begegnungen in Bildungseinrichtungen braucht, dass wir aber auch die Elternhäuser stärker erreichen müssen. Das ist aus politischer Sicht immer schwieriger, aber Sie, Herr Mansour, haben mit den Stadtteilmüttern ein gutes Beispiel genannt, auf dem man aufbauen kann.

Meine erste Frage in der zweiten Runde richtet sich an die GdP, die in ihrer Stellungnahme die erwartete Modernisierungsoffensive anspricht. Wenn wir über Gewalt gegen Einsatzkräfte sprechen, dann muss auch über Wertschätzung gesprochen werden, die sich natürlich auch in einer entsprechenden Honorierung niederschlagen darf. Was erwarten Sie sich diesbezüglich im Rahmen einer Modernisierungsoffensive von der Politik und speziell von der Landesregierung?

Die zweite Frage richtet sich an Herrn Huth vom BDK. Sie sprechen in Ihrer Stellungnahme davon – Sie haben es gerade auch in Ihren Ausführungen deutlich gemacht –, dass es wichtig sei, die Kriminalpolizei insgesamt zu stärken. Es ist einleuchtend, dass nur eine starke Polizei und auch eine starke Kriminalpolizei den Problemen begegnen können, über die wir hier gesprochen haben. Sie sprechen einen Antrag der regierungstragenden Fraktionen aus der letzten Legislatur an, wonach 10 % der neuen Polizeikommissare unmittelbar nach dem Studium bei der Kriminalpolizei eingesetzt werden sollen. Wie läuft das, müssen wir darüber hinaus mehr tun, gibt es weiteren Handlungsbedarf? Außerdem haben Sie das Problem der sozialen Medien in Ihrer Stellungnahme thematisiert und gerade vom Feindbild Polizei gesprochen. Gibt es etwas, das wir politisch tun können, um auch diesem Problem Herr zu werden?

Die dritte Frage richtet sich an den Vertreter des VdF. Sie haben mit IMEG eine der wenigen Maßnahmen angesprochen, von denen wir aus politischer Sicht jetzt schon sagen können, dass sie funktioniert und Transparenz über die Daten herstellt. Das Innenministerium hat dankenswerterweise die Finanzierung erneut um ein halbes Jahr verlängert, nichtsdestotrotz fürchten wir, dass IMEG danach ausläuft und nicht nachhaltig ist. Können Sie noch einmal darlegen, warum es aus Ihrer Sicht wichtig ist, dass dieses Projekt langfristig läuft wenn wir es wirklich ernst meinen und dem Problem der Gewalt gegen Rettungskräfte begegnen wollen?

In der ersten Fragerunde haben Herr Zick und Frau Rau meine Fragen nicht hören können. Darf ich sie in dieser Runde noch mal stellen?

Vorsitzende Angela Erwin (IA): Ja, Sie dürfen das gerne wiederholen.

Innenausschuss (15.)

11.05.2023

Rechtsausschuss (15.)

ha

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (24.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Christina Kampmann (SPD): Herr Zick, Sie haben in Ihrer Stellungnahme das Erfordernis eines Landegewaltpräventionsplans zusammengesetzt aus der Politik, der Forschung, den Einsatzkräften und auch aus Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft angesprochen. Wie könnten aus Ihrer Sicht die Grundbausteine für einen solchen Strategieplan zur Gewaltprävention aussehen?

Frau Rau, wie ist der Landespräventionsrat NRW im Vergleich zu ähnlichen Gremien in anderen Bundesländern aufgestellt? Ist er in der derzeitigen Form aus Ihrer Sicht ein wirkungsvolles Gremium? Wo sehen Sie konkreten Verbesserungsbedarf, den wir umsetzen können?

Dr. Christos Katzidis (CDU): Ich werde meine Fragen auf die Bereiche konzentrieren, die in den Antworten der Sachverständigen angesprochen wurden. Einige der genannten Schlagworte waren „Kindergärten“, „Schule“, „Kitas“, „dringende Konzepte“, „wir müssen die Eltern mit einbeziehen“, „Gewalt dauerhaft zum Thema machen“ und „Prävention als lokale Angelegenheit“. Auch das Projekt Stadtteilmütter ist sicherlich eine gute Sache.

Meine erste Frage thematisiert die Prävention und richtet sich wieder an alle Sachverständigen, insofern können wir die versäumten Fragen aus der ersten Runde nachholen. Alleine in Nordrhein-Westfalen gibt es laut aktuellen Zahlen mehr als 30.000 Fälle von häuslicher Gewalt. Wenn solche Familien einmal mit Gewaltprävention konfrontiert werden und danach nicht mehr, dann – das befürchte ich – stehen sie später doch vor dem Kadi. Meine konkrete Frage lautet: Wie fänden Sie eine verpflichtende Begleitung dieser Familien, in denen Gewalt stattfindet, und zwar nicht durch Stadtteilmütter oder Stadteilväter, sondern durch eine verpflichtende soziale, pädagogische und auch polizeiliche Begleitung? Ist so etwas im Hinblick auf Prävention neben Konzepten und flächendeckenden Aktionen notwendig und zielführend?

Der zweite eben thematisierte Punkt ist der Schutz von Einsatzkräften und die unterschiedliche Ausstattung bei der Polizei; es wurde von einer Zweiklassengesellschaft gesprochen. Wenn Sie auf eine einheitliche Schutzausstattung abstellen – die Schutzausstattung ist verfassungsrechtliche Fürsorgepflicht aller Dienstherren –, wie bewerten Sie dann, dass kommunale Vollzugskräfte bis hin zu den Ausländerbehörden, in denen auch Vollzugskräfte agieren, wenig bis gar keine bzw. nur teilweise gute Ausstattung haben und dass es keine verbindlichen Standards gibt? Sehen Sie hier eine Notwendigkeit, Standards einzuführen und Verbindlichkeit herzustellen ähnlich wie bei der Polizei, damit zum Beispiel auch Politessen auf der Straße besser vor Pöbeleien, Beleidigungen und Vertreibung geschützt sind?

Mein dritter Punkt ist der Bereich „Fortbildung“. Im Antrag werden Deeskalationstrainings dargestellt, die sich jedoch nur auf bestimmte Bereiche und Gruppen beziehen. Sollten nicht nur die Opfer von Gewalt, sondern vielmehr alle, die in irgendeiner Form in problematischen Bereichen arbeiten – Lehrerinnen und Lehrer, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, Polizisten, Ordnungskräfte, Feuerwehrleute, gegebenenfalls Staatsanwälte und Gerichte –, zu interdisziplinären Fortbildungen auf der kommunalen

Innenausschuss (15.)

11.05.2023

Rechtsausschuss (15.)

ha

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (24.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Ebene zwischen den verschiedenen Institutionen verpflichtet werden? Es wurde dargestellt, dass Kriminalpräventive Räte und runde Tische wenig effektiv sind. Müssen wir gesetzgeberisch an der ein oder anderen Stelle tätig werden und möglicherweise auch verbindliche Standards auf der Landesebene formulieren?

Dr. Julia Höller (GRÜNE): Ich habe noch eine Frage an Herrn Professor Zick aus der ersten Runde. In dieser habe ich an alle die Frage gerichtet, welche auf Landesebene umsetzbaren Maßnahmen ein längerfristiger Strategieplan, den Sie in Ihrer Stellungnahme klar benennen, enthalten muss. Wir sprechen über viele Dinge, die in die Zuständigkeiten der Kommunen oder des Bundes fallen. Nachdem wir das Problem erkannt und beschrieben haben, ist es für uns wichtig, zu erfahren, was wir als Landespolitik in unserer Zuständigkeit hier tun können.

Ich schließe hieran eine weitere Frage an Sie an. Sie weisen darauf hin, dass die meisten Gewalttaten gegen Einsatzkräfte von Männern ausgehen. Das zeigen die Zahlen sehr klar. Können Sie einordnen, warum das so ist und mit welchen spezifischen Präventionsformen man dieser Gewalt vorbeugen kann?

Eine weitere Frage richtet sich an Herrn Meuter. Bislang wurden viele auf die Polizei gemünzte Dinge benannt. Die Debatte ist häufig sehr polizeilastig – das liegt natürlich auch an den Zahlen –, thematisiert aber ein Problem, dass auch die Feuerwehr und Einsatzkräfte generell betrifft. Gibt es, gerade aus Sicht der Feuerwehr und Rettungskräfte, Spezifika über IMEG hinaus?

Aufgrund der technischen Probleme hatte ich in der ersten Runde nur zwei Fragen gestellt. Daher frage ich nun Frau Rau und Herrn Professor Zick nach dem Einfluss des Faktors „Raum“ auf die Entstehung von Gewalt. Das Thema wurde in einigen Stellungnahmen benannt. Haben bauliche Maßnahmen und Raumstrukturen Einfluss auf die Eskalation bzw. Deeskalation von Gewalt? Inwiefern können Maßnahmen wie polizeiliche Bezirksdienste, die in den Raum bzw. auf die Straße gehen, präventiv wirken?

Vorsitzende Angela Erwin (IA): Herzlichen Dank, Frau Kollegin Dr. Höller. – Für drei weitere Fragen hat nun Herr Kollege Lürbke das Wort.

Marc Lürbke (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich habe den expliziten Hinweis auf die drei Fragen verstanden und werde versuchen, mich daran zu halten.

Herr Mansour, Sie sprechen in Ihrer wohlthuend differenzierten Stellungnahme an, dass Respektverlust und Gewalt mit der Sprache beginnen. Das manifestiert sich oftmals auch in dem Umgang damit, wie politische Vertreter Sprache nutzen. Sie sagen:

„Wenn aber bei bestimmten Ereignissen eine bestimmte Gruppe von Straftätern überproportional vertreten ist und kulturelle Hintergründe bei der Motivation eine Rolle spielen, dann müssen wir in der Lage sein, auch solche Ursachen sachlich und differenziert zu benennen.“

Innenausschuss (15.)

11.05.2023

Rechtsausschuss (15.)

ha

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (24.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Haben Sie den Eindruck, dass das der Fall ist? Wie sehr schadet es, eine Debatte pauschal zu führen, wie wir es schon so häufig erlebt haben, und nicht zum Kern durchzudringen? Wie sehr schadet es, wenn man diese Punkte anspricht und dann sehr schnell in die rechte Ecke gerät bzw. gedrängt wird, wenn man Probleme gar nicht anspricht aus der ernstzunehmenden Sorge, womöglich jemanden zu diskriminieren? Können Sie deutlich machen, wie wichtig es aus Ihrer Sicht ist, Probleme nicht zu leugnen oder wegzumoderieren, sondern offen zu benennen, um sie angehen zu können?

In einer zweiten Frage möchte ich ergänzend auf das eingehen, was Sie in Ihren Ausführungen gesagt haben. Wer mit Gewalt erzogen wird, lernt, dass Gewalt durchaus ein legitimes Mittel darstellen kann. Wie kann man das ganz konkret durchbrechen? Was haben wir als Landespolitik für Möglichkeiten, darauf konkret Einfluss zu nehmen? Schaffe ich das über die Stärkung von Jugendämtern, indem diese mehr Möglichkeiten zur Intervention erhalten? Brauche ich mehr Streetworker? Was kann ich konkret an Schulen tun? Brauche ich das nur an den Brennpunkten oder flächendeckend? – Frau Vorsitzende, das war eine Frage.

Meine letzte Frage richtet sich an alle Sachverständigen. In Ihren Ausführungen bezogen auf die Justiz und die strafrechtlichen Anpassungen wurden beschleunigte Verfahren angemahnt. Gibt es aus Ihrer Sicht einen weiteren Punkt, der im Strafrecht bzw. vonseiten der Justiz in Nordrhein-Westfalen dringend angepackt werden müsste, um diesem Phänomen besser begegnen zu können?

Prof. Dr. Daniel Zerbin (AfD): Wir wissen sicherlich nicht, wer die Täter waren, weil die Zahlen nicht immer reliabel oder valide sind. Das sind die Daten der PKS aber auch nicht immer, weil wir da nur das Hellfeld betrachten, nicht aber das Dunkelfeld. Aufgrund anderer Phänomene wie zum Beispiel der – sie ist schon als historisch zu bezeichnen – Silvesternacht in Köln ist bekannt, dass die Täter nicht Kevin oder Leon hießen, sondern aus dem migrantischen Milieu kamen.

Meine ersten beiden Fragen richten sich an Herrn Mansour. Sie sprechen den Bereich, in dem die Probleme liegen, in Ihrer Stellungnahme direkt an. Wie wir gerade gehört haben, hat sich hier in den letzten Jahren mit den bestehenden Maßnahmen nicht viel getan. Ich habe eine persönliche Frage: Warum sind Sie in der Lage, dieses Tabu anzusprechen, andere aber nicht? Ist das eine Charaktersache? Liegt es daran, dass Sie selbst einen Migrationshintergrund haben? Was sind die Gründe dafür?

Sie haben zuvor gesagt, dass viele Menschen aus Diktaturen kommen und die Polizei nicht respektieren, weil sie eine andere Art der Polizei gewöhnt sind, die wir hier alle nicht haben wollen. Meine Frage lautet: Hat das nur mit der Ideologie oder Politik zu tun oder spielt auch die Religion hierbei eine Rolle? Der Islam teilt die Welt in ein Haus des Friedens und ein Haus des Krieges ein. Können Sie ausschließen, dass der Islam überhaupt nichts damit zu tun hat?

Innenausschuss (15.)

11.05.2023

Rechtsausschuss (15.)

ha

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (24.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Meine dritte Frage richtet sich an die Gewerkschaften. Die Polizei ist in erster Linie Ländersache und die Handlungsmöglichkeiten des Landes wurden gerade noch einmal herausgestellt. Die Deutsche Polizeigewerkschaft, die heute leider nicht in Person vertreten ist, geht in ihrer Stellungnahme tiefgreifend auf die Ausbildung der Polizei in Nordrhein-Westfalen ein. Diese hat sich in den letzten Dekaden gewandelt: Es gibt keinen mittleren Dienst mehr, sondern nur den gehobenen Dienst. In der Stellungnahme der DPolG wird die Ausbildung kritisch gesehen: Es gäbe zu viele Theorieanteile und zu wenige Praxisanteile, man wünsche sich die Uniformpflicht im Studium etc.

Die Frage lautet: Ist das Ausbildungsparadigma falsch gesetzt? War die Abschaffung des mittleren Dienstes ein Fehler? Brauchen wir den Schutzmann im mittleren Dienst, den die Polizei in anderen Ländern noch hat?

Vorsitzende Angela Erwin (IA): Wir sind am Ende der zweiten Fragerunde angekommen und starten in die zweite Antwortrunde.

Ein Hinweis meinerseits: Wir haben diesen Raum bis maximal 12 Uhr reserviert, daher bitte ich die Sachverständigen, die Fragen sehr prägnant zu beantworten, damit auch alle Sachverständigen noch zu Wort kommen und wir die Fragen klären können.

Prof. Dr. Andreas Zick (Universität Bielefeld [per Video zugeschaltet]): Frau Kampmann, angesichts der Diskussionen bin ich der Meinung: Es ist ein Punkt erreicht, an dem es einen gemeinsamen Generalplan braucht. Ich habe zunächst heute Morgen mit rechtsextremem Gewalt beschäftigt, zwischendurch kommen neue Informationen zur Gewalt an Schulen und anschließend geht es um Gewalt im Gesundheitswesen.

Anhand der vorliegenden Stellungnahmen wird deutlich, dass es enorm viele Ideen bzw. Maßnahmenpakete gibt. Ich bin dafür, diese über einen längeren Zeitraum hinweg zu bündeln. Wir haben sehr viel Sachverstand im Land – da gehören vonseiten der Forschung die Erziehungswissenschaft und viele andere dazu –, wir haben das Potenzial. Wir sollten darüber nachdenken, ob wir einen Gipfel bzw. einen Sachverständigenrat brauchen. Ich wünsche mir in diesem Bereich eine Initiative der Politik. Bei Themen wie der Radikalisierung und Deradikalisierung sind wir schnell vorangeschritten, bei Aggression und Gewaltprävention müssen wir dringend Wissen bündeln. Wir müssen auch fähig sein, Daten auszuwerten, wie ich es in der Stellungnahme deutlich gemacht habe. Im Gesundheitsbereich gibt es Daten, aber es fehlen die Möglichkeiten zur Auswertung.

Bezogen auf Männlichkeitsbilder sind es generelle Rollenbilder, die besonders relevant sind. Im Bereich der Erziehung bzw. Sozialisation sind noch Männlichkeitsbilder weit verbreitet, in denen Gewalt und Aggression dazugehören scheinen. Diese Bilder sind nicht in bestimmten Gruppen verhaftet, sondern spielen in allen möglichen Gruppen eine große Rolle, wie eine Vielzahl an Studien zeigt. Diese Bilder müssen bearbeitet werden.

Innenausschuss (15.)

11.05.2023

Rechtsausschuss (15.)

ha

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (24.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Wir haben ein laufendes Projekt zu radikalisierenden Räumen; das Thema beschäftigt uns sehr. Viele Menschen haben über die Kölner Silvesternacht 2015/2016 gesprochen. Zwei Jahre später ist die Polizei auf uns zugekommen, und wir haben einen umfassenden Präventionsplan zur Kölner Silvesternacht erstellt, um Gewaltprävention durchzuführen. Hierbei haben wir Räume verändert. Wir wissen, dass in bestimmten Räumen – an Wochenenden sind das Unterhaltungsräume, Räume um die Clubs – Gewalt passiert. Wir wissen auch, dass Drogen eine Rolle spielen, auch im Bereich des Fußballs. Über Raumkonzepte können Städte sehr viel tun, aber sie müssen dazu befähigt werden. Wir haben oft die Problemlage, dass Städte und Kommunen auf uns zukommen und nicht hinreichende Möglichkeiten haben, aus eigenen Kapazitäten heraus einen Plan zu erstellen. Gerade jedoch bei der räumlichen Prävention gibt es Konzepte dafür, wie szenekundige Polizeibeamten und Streetworker, die durch die Räume gehen können.

Anna Rau (Deutsch-Europäisches Forum für Urbane Sicherheit [per Video zugeschaltet]): Der Vergleich des Landespräventionsrats NRW mit anderen Landespräventionsräten zeigt in der Tat – das ist auch kein Geheimnis –, dass NRW hier nicht ganz vorne mit dabei ist: Der Präventionsrat in Berlin ist die Landeskommision „Berlin gegen Gewalt“ und hat 21 Mitarbeitende, Niedersachsen hat 19 Mitarbeitende, der LPR Thüringen hat drei Mitarbeitende, in Sachsen arbeitet man mit Entsendungen, und wenn ich richtig informiert bin, hat NRW nur eine Person, die die Geschäftsstelle des Landpräventionsrates koordiniert und das noch nicht einmal mit einem vollen Stellenanteil.

Herr Katzidis hat es bereits angesprochen: Ein Landespräventionsrat, der einmal im Jahr mit schlaun Köpfen tagt, dessen Geschäftsstelle aber weder personell noch finanziell so ausgestattet ist, dass sie das vorbereiten, begleiten und umsetzen kann, der keine Fortbildungen anbietet, Evaluierungen von Maßnahmen durchführen oder Kommunen bei der Umsetzung nachweislich wirksamer Projekte – die gibt es; wir brauchen keine neuen Konzepte – in der Fläche unterstützen kann, bringt nichts.

Sie haben sich das im Koalitionsvertrag selbst vorgenommen. Setzen Sie es doch um, das wäre super! Auch die Bosbach-Kommission hat das schon gefordert. Es wäre wichtig, dass hier mehr Personen arbeiten, die auch flächendeckend Maßnahmen umsetzen und, wie von Herrn Zick gefordert, einen Gipfel organisieren können, der den in NRW geballt vorhandenen Sachverstand zusammenbringt, direkt Maßnahmen ableitet und diese dann auch umsetzt. Ein Gipfel alleine ist noch keine Lösung, es braucht Menschen, die das nicht nur auf Landesebene umsetzen, sondern auch auf der kommunalen Ebene. Studien sagen, dass kommunale Präventionsräte einen Peak in den 1990er Jahren hatten und seitdem kontinuierlich zurückgehen.

In unserem Netzwerk vernetzen sich Städte zum Teil auch aus Verzweiflung, da sie ohne den praxisnahen Austausch untereinander mit der Situation nicht zurechtkommen. Diese Städte machen qualitativ gute Arbeit und haben in der Regel verstanden, wie wichtig die Investition in Personal ist. Demgegenüber stehen Städte, die jemanden

Innenausschuss (15.)

11.05.2023

Rechtsausschuss (15.)

ha

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (24.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

beschäftigen, der sich nebenbei um kommunale Prävention kümmert. So funktioniert es nicht; da braucht es schon mehr.

Kanadische Studien sagen, dass es pro 100.000 Einwohner in einer Kommune zwei Vollzeitstellen brauche, deren Inhaber sich mit Prävention befassen und die qualifiziert bzw. ausgebildet sein müssen, dort Maßnahmen zu koordinieren und die fürchterliche Projektitis zu bekämpfen, unter der wir in ganz Deutschland und nicht nur in NRW leiden. Diese Menschen erkennen Maßnahmenlücken und begleiten und koordinieren Sozialarbeiter, Lehrer etc. Ich kann aus der Stadt berichten, in der ich wohne: Hier ist es für Lehrer unmöglich, Unterstützung zu erhalten. Meine Kinder haben noch nie an einer Präventionsmaßnahme teilgenommen, da diese nach dem Zufallsprinzip ablaufen. Solange es hier keine Koordination gibt, brauchen wir uns über weitere Maßnahmen keine Gedanken zu machen.

Aufgrund der Zeit gehe ich noch auf die Frage zum Thema „Faktor Raumeinfluss“ ein. Wir sind ein europäisches Städtenetzwerk, ich habe daher sehr viel Kontakt und Einblicke in andere Länder, andere Gemeinden und andere Städte die sehr viel weiter sind. Ein Blick über die Grenze in die Niederlande zeigt, dass man dort sehr viel weiter ist, was Konzepte und städtebauliche Kriminalprävention betrifft. Während hierzulande der Glaube vorherrscht, es gehe um Grünschnitt und Beleuchtung, sind inzwischen ganz andere Dinge relevant. Das sind kreative Konzepte, wie man Raum auch unabhängig von der Tageszeit bespielen bzw. gestalten kann, seien es Toiletten, die aus dem Boden hervorfahren oder Ideen, wie man sich im öffentlichen Raum wohlfühlt. Wir investieren sehr viel Geld in hostile architecture, also darin, wie wir uns im öffentlichen Raum nicht wohlfühlen wollen. Das darf nicht der Fokus sein, es müsste genau andersherum sein. Australien und die Niederlande sind uns da weit voraus.

Es gibt viele gute Beispiele, sie müssen nur umgesetzt werden. In diesem Punkt müssen wir weiterkommen, mutig sein und den Städten auch Geld zur Verfügung stellen. Das Land kann viel tun, indem es die Kommunen dabei unterstützt, solche Projekte mit unkomplizierten und möglichst unbürokratischen Fördertöpfen umzusetzen. Die Kommunen sind – das wissen wir alle – am Rande ihrer finanziellen Kapazitäten.

Es braucht ein Verständnis dafür, warum es überhaupt zu dieser Gewalt kommt. Die Ursachen müssen den Blick genommen werden. Das hat ganz viel mit Desintegration zu tun, die nicht nur Menschen mit Migrationshintergrund betrifft, sondern auch Deutsche, die in sozial prekären Verhältnissen leben.

Die Quartiersarbeit muss extrem verstärkt werden und es müssen Beteiligungsmöglichkeiten geschaffen werden. Ein deutscher Satiriker hat gesagt: Deutsche Innenstädte sehen alle gleich aus, und wenn man unter 80, eine Frau oder arm ist, kann man da eigentlich seine Freizeit nicht gestalten. – Damit sind wir wieder beim Thema „Raum“, mit dem wir deutlich besser umgehen müssen. Unsere Städte bieten Jugendlichen wenig Raum, in dem sie sich beschwerdefrei aufhalten können, in dem sie ihren Freizeitaktivitäten nachgehen können, insbesondere, wenn sie nicht viel Geld haben und etwas konsumieren können. Es gibt kaum konsumzwangfreien Raum. Auch

Innenausschuss (15.)

11.05.2023

Rechtsausschuss (15.)

ha

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (24.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

hierfür müssen wir neue Konzepte finden und kreativ werden. Wir müssen dafür gar nicht weit gehen, denn eigentlich wissen wir, was zu tun ist.

Ahmad Mansour (Mansour-Initiative für Demokratieförderung und Extremismusprävention): Zu der Frage, was man politisch tun könne, hat die Kollegin vor mir von Mut gesprochen. Die Politik braucht Mut, die Polizei auch in unbequemen Situationen zu unterstützen. Wenn Debatten undifferenziert und pauschal geführt werden, wenn man von Polizeigewalt spricht, ohne die rechtsstaatlichen Fundamente unserer Demokratie zu verstehen, dann erwarte ich von Ihnen, dass Sie sich auf die Seite der Polizei stellen. Das vermisste ich im politischen Diskurs, vor allem in den sozialen Medien. Das muss natürlich differenziert und sachlich geschehen. Wenn Kritik notwendig ist, dann sollte man kritisieren, aber Pauschalisierungen führen dazu, dass das Bild der Polizei als Feind zementiert wird, was wiederum zu weiterer Gewalt führt.

Ich bin absolut nicht der Meinung, dass Männer das Problem sind. Wir erleben das in unterschiedlichen Diskursen. Mann-Sein darf nicht kriminalisiert werden, es müssen vielmehr bestimmte Männerbilder infrage gestellt werden. Toxische Männlichkeit, patriarchalische Strukturen und Autoritäten spielen hierbei eine große Rolle. Die Frankfurter Schule und Erich Fromm sprechen von Autoritäten insgesamt als Katalysator für Gewalt und für die Ablehnung von Autoritäten. Das bleibt nicht in der Familie, sondern wird auch nach draußen getragen.

Das ist auch die Antwort auf die Frage nach der Rolle der Religion. Ich glaube nicht, dass es nur den Islam oder die Muslime betrifft, da wir das im Rechtsextremismus genauso bemerken wie beim Thema „Russland“. Die Neigung zur Autorität hat ihren Ursprung in gewissen Sozialisationen, das erlebt man nicht nur bei Muslimen. Vor allem in Berlin sind auf der anderen Seite, also bei den Rettungskräften genauso wie bei den Polizeibeamten, viele Menschen Muslime oder mit Migrationshintergrund.

Die Debatte zu Silvester, die ich erlebt habe, war anders als alle anderen Debatten in den letzten Jahren. Ich bin seit 18 Jahren in Deutschland, ich habe auch die Kölner Silvesternacht miterlebt, die Freibäder-Debatte, und ich war auch in Österreich in Linz, wo es an Halloween ebenfalls zu schweren Krawallen kam. In der Silvesterdebatte hatte ich zum ersten Mal das Gefühl, dass viele eigentlich gar kein Interesse an der Debatte haben. Es gibt bequeme Ursachen, die sehr oft genannt werden – diese Ursachen werden zu Recht genannt, zum Beispiel sozioökonomische Ursachen und Bildungsferne –, aber es gibt auch die unbequemen Ursachen, die gar nicht genannt werden. Wer das trotzdem tut, der bedient die Falschen und wird sehr schnell diffamiert, was für eine Debattenkultur sehr toxisch ist und uns nicht weiterbringt.

Wenn ich Sozialisation, kulturelle Hintergründe, patriarchalische Strukturen und Erziehungsmethoden in den Familien erwähne, dann geht es mir nicht um eine pauschale Beurteilung einer Gruppe, sondern darum, diese Gruppe besser erreichen zu wollen. Diejenigen, die das ausblenden, verhindern, dass wir diesen Menschen Lösungen anbieten und sie als Teil der Gesellschaft sehen. Stattdessen bevormundet man sie; indem man sie vor Kritik schützen möchte, schließt man sie aus. Das ist absolut falsch.

Innenausschuss (15.)

11.05.2023

Rechtsausschuss (15.)

ha

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (24.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Ich wünsche mir eine Debatte, die offen ist und aushalten kann, dass Menschen unterschiedlicher Meinungen sind.

Eine Studie der Berliner Fachkommission gegen Gewalt von 2007 beschreibt genau diese patriarchalischen Strukturen als eine Ursache von Gewalt und die signifikante Verbindungen zwischen Erziehungsmethoden, patriarchalischer Sozialisation und Gewalt insgesamt. Wir müssen diese Verbindungen bearbeiten und alles tun, um diese Menschen zu erreichen.

Ein Blick auf die Themen, mit denen sich zum Beispiel Flüchtlinge in den sozialen Medien beschäftigen, zeigt, dass das Thema „Jugendamt“ nicht nur in Deutschland, sondern europaweit ein Angstthema ist: Das sind diejenigen, die Kinder wegnehmen, die es uns nicht erlauben, unsere Kinder zu erziehen. – Wir haben da einen enormen Aufklärungsbedarf. Die Aufgabe des Jugendamts ist es nicht nur, Kinder aus Familien zu nehmen, sondern Familien zu unterstützen und Angebote für die Erziehung zu machen. Das Jugendamt begleitet Familien, die überfordert sind, die Probleme mit den Kindern haben und in denen es Probleme zwischen den Eltern gibt.

Zu der Frage der CDU: Die Familien, in denen Gewalt in der Erziehung eine Rolle spielt, müssen wir unterstützen und versuchen, gewinnbringend mit ihnen zu arbeiten und sie zu begleiten. Falls es nicht anders geht, braucht es Repressionen. Kinderschutz ist keine Freiwilligkeit, sondern geht alle an.

Gewalt bleibt nie in der Familie. Wer Gewalt als legitimes Kommunikationsmittel versteht, trägt sie hinaus auf die Straße, in die Schulen und wendet sie gegen andere Menschen an.

Stefan Meuter (Verband der Feuerwehren in NRW): Zu der Frage der SPD nach „IMEG“. Was wir erreichen wollten und erreicht haben ist eine Förderung der Meldekultur, wodurch in erster Linie die Einsatzkraft unterstützt wird. Diese kann leicht jeden Vorfall melden und sehr komplizierte Prozesse, wie zum Beispiel Sofortmeldung, Strafantrag Unfallanzeige, Nachbesprechung usw., toolbasiert und automatisch im Baukastensystem vornehmen. Die Entscheidungsträger erhalten sofort eine Statistik bzw. Meldung, genauso wie die Aufsichtsbehörden und die Kommunen, aus denen an der Basis konkrete Maßnahmen abgeleitet werden können.

Was die Verschärfung des Strafrechts – danach hat die CDU gefragt – anbelangt, so muss es nicht verändert, sondern vielmehr konsequent und schnell angewendet werden. Wir haben die Werkzeuge, es gilt aber, sie zu nutzen.

Maßnahmen speziell für die Feuerwehr sind die Schaffung einer Datenbasis und die Verpflichtung aller Beteiligten, also Hilfsorganisationen usw., Präventivmaßnahmen zu generieren und selbst kleinste Fälle zu melden. Das könnte ein Passus sein, der bei der Novellierung des BHKG zu berücksichtigen wäre.

Die Politik muss sich vor die Einsatzkräfte stellen. Bei einem Angriff auf Rettungskräfte vor einigen Wochen haben wir die Polizei hinzugezogen und es kam zum Schusswaffengebrauch. Im Anschluss war medial und auch in der Politik die Frage nach der

Innenausschuss (15.)

11.05.2023

Rechtsausschuss (15.)

ha

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (24.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Legitimität des Schusswaffeneinsatzes das bestimmende Thema; die Gewalt gegen die beiden verletzten Rettungssanitäter wurde nur am Rande erwähnt.

Die Politik kann nicht alles regeln, aber Sie können in Ihre Wahlkreise gehen und dort an die Tür der Rettungsdienste klopfen und hören, was an der Basis los ist.

Zu der Frage der FDP: Das Dachprogramm „sicher im Dienst“ ist fortzuführen – vielleicht auch als Plattform zur Vernetzung von Experten aus Wissenschaft und Technik –, genauso wie das Programm „NRW zeigt Respekt“. Beides zusammen wäre ein Zeichen dafür, dass Gewalt gegen Einsatzkräfte in Nordrhein-Westfalen zu einem dauerhaften, präventiven Thema wird.

Oliver Huth (Bund Deutscher Kriminalbeamter Nordrhein-Westfalen): Die Lage der Kriminalpolizei lässt sich mit einer auf dem Küchentisch verschütteten Tüte Milch vergleichen. Wir sind weit davon entfernt, die Milch aufzuwischen. Stattdessen versuchen wir, dass sie nicht auf den Boden tropft, und selbst das gelingt nicht immer. Sie dürfen politisch von der Kriminalpolizei nichts erwarten, auch nicht im Bereich der Jugendkriminalität. Wir sind mit dem vorhandenen Personal und der vorhandenen Ausbildung nicht in der Lage, unsere Aufgaben zu erfüllen, die uns die Politik in die Schublade gelegt hat.

Von dem von uns begrüßten Antrag der damals regierungstragenden Fraktionen, wonach 10 % der Polizeikommissare direkt nach dem Studium bei der Kriminalpolizei anfangen können, sind wir meilenweit entfernt, eher fährt der Zug in eine andere Richtung. Solange sich die Politik nicht dazu entschließt, die Kriminalpolizei fachlich und sachlich für ihre wachsenden und vielfältigen Aufgaben aufzustellen, werden wir diese nicht erfüllen können. Das hat Auswirkungen auf den Rechtsstaat und auf den Rechtsfrieden in der Bevölkerung – da können wir noch so viele motivierte Kolleginnen und Kollegen in die Stadtteile schicken –, wenn die Kriminalpolizei der Justiz keine Akten übermittelt.

Der Schutz kommunaler Einsatzkräfte ist für mich ebenso wichtig. Die kommunalen Behörden müssen ihrer Fürsorgepflicht nachkommen. Es darf nicht sein, dass es bei Bediensteten und Amtswaltern im Hinblick auf die Eigensicherung zweigeteilte Entwicklungsschritte gibt. Ich bin kein Freund davon, die kommunalen Behörden so aufzurüsten wie die Polizei. Ich fände es sogar schlimm, wenn selbst Politessen eine schussichere Weste tragen müssten. Letztendlich jedoch braucht der Mensch in Uniform die Fürsorge und den Respekt, weshalb sich die Kommunen in dieser Sache, unabhängig von ihren sonstigen finanziellen Lasten, nicht wegdrücken dürfen.

Interdisziplinäre Fortbildung ist absolut wichtig und richtig. Viele Beamtinnen und Beamte bzw. kommunale Bedienstete hören zum Thema „Gewalt“ immer die gleichen Inhalte. Ein Blick über den Tellerrand scheint mir aber sinnvoll: Wie regelt die Polizei im einsatztaktischen Konzept, gerade bei Gruppengewalt, das Einsatzszenario? Wie agieren gute Ordnungsbehörden und wie kann die Polizei davon lernen? Wie geht man

Innenausschuss (15.)

11.05.2023

Rechtsausschuss (15.)

ha

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (24.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

mit einem Rädelsführer um, der Gruppengewalt anstiftet und Leute um sich sammelt? All das können wir gemeinsam entwickeln.

Was das Strafrecht betrifft – hier wurde seitens der FDP nachgefragt –, wünsche ich mir, dass der Bundesjustizminister sich den § 125 StGB vornimmt. Mir würde es niemals passieren, dass ich in meiner Freizeit zwischen Hooligans oder in ein Demonstrationsgeschehen gerate, wo irgendetwas geworfen wird. Man kann so viel Intellekt von den Bürgerinnen und Bürgern, die ihre Grundrechte wahrnehmen und sich in der Öffentlichkeit bewegen, erwarten, dass sie sich aus einer Gruppe entfernen, aus der Gewalt hervorgeht. Machen sie das nicht, müssen sie zukünftig mit strafrechtlichen Konsequenzen rechnen. Das ist eine klare Forderung, aber keine Pauschalisierung. Halten sich Menschen bewusst und gewollt in der Nähe von Gewalttätern auf, geben sie diesen Deckung. Das machen sie teilweise mit Vorsatz, teilweise aus Spaß, weil es für sie einen Satisfaktionsfaktor darstellt, zu sehen, wie ein Polizist eine Flasche an den Helm bekommt oder anderweitig angegriffen wird. Das ist nicht zu dulden, und hier muss das Strafrecht geändert werden.

Zu der Frage der AfD. Bezogen auf die Ausbildung stimme ich unserem gewerkschaftlichen Partner nicht zu, weil ich nicht weiß, wohin das führen soll. Sollen wir eine Rumms-Bumms-Polizei werden, die Konflikte mit Gewalt löst? Je schlauer, je intellektueller die Polizei ist, desto besser wird sie ihren Job machen. Die Welt ist so vielfältig, gerade bezogen auf den Umgang mit Gewalt in Gruppen. Die Ursachen, Phänomene und den richtigen Weg zu erkennen – das kann nur über Bildung bei der Polizei funktionieren. Die Bildung muss uns in die Schubkarre gelegt werden, damit wir Einsatzkonzepte umsetzen können.

Das gilt für die Kriminalpolizei noch viel intensiver. Uns wird noch immer die Ausbildung verwehrt. Wir sind in zehn Jahren Datenmanager geworden, aber die Kompetenzen zur Bekämpfung der Allgemeinkriminalität sind differenzierter, und es wird noch schwieriger, sie zu bekämpfen. Wir müssen uns viel internationaler vernetzen, gerade auch wegen Migrationsbewegungen, Sozialisationserfahrungen und auch wegen krimineller Viten, deren Ursprung möglicherweise im Ausland liegen. Die Polizei bzw. die Kriminalpolizei wird ohne einen wirklichen Schluck aus der Pulle „Bildung“ in Zukunft überhaupt nicht auskommen.

Michael Maatz (Gewerkschaft der Polizei NRW): Zu der Modernisierungsoffensive bzw. der Attraktivitätssteigerungen im öffentlichen Dienst gab es große Ankündigungen und Versprechungen, die aus unserer Sicht nicht gehalten wurden. Auch im Hinblick auf die Wertschätzung gegenüber den Kolleginnen und Kollegen brauchen wir sie jedoch dringend. Wir haben öffentlich Vorschläge gemacht, ein Stichwort ist hierbei die 41-Stunden-Woche. Diese ist unattraktiv. Wir fordern eine Reduzierung der Wochenarbeitszeit auch im Hinblick auf potenzielle Bewerber: 3.000 Bewerber pro Jahr wären schön, jedoch ist bei jungen Menschen der Wunsch nach Work-Life-Balance extrem ausgeprägt, weshalb 41 Stunden kontraproduktiv sind. Das ist nicht mehr zeitgemäß und führt eher dazu, dass sie sich nicht bei der Polizei bewerben.

Innenausschuss (15.)

11.05.2023

Rechtsausschuss (15.)

ha

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (24.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Ein weiterer Punkt in diesem Zusammenhang betrifft die Zulagen, die seit über 20 Jahren nicht angepasst worden sind. Auch hier braucht es Verbesserungen, weil unsere Kolleginnen und Kollegen in anstrengenden Schichtdiensten etc. es verdient haben, dass man die eine oder andere Verbesserung erreicht. Stattdessen hat der Finanzminister für den 31. Dezember 2023 letztmalig den Verzicht auf die Einrede der Verjährung angekündigt. Unsere Kolleginnen und Kollegen müssen also damit rechnen, dass ab 2024 der Mehrdienst verfällt, da es keine geeigneten Möglichkeiten gibt, alle geleisteten Überstunden zu buchen. Hier muss dringend etwas passieren, die eingeführten Langzeitarbeitskonten reichen in der derzeitigen Form nicht aus.

Prävention bei 30.000 Fällen häuslicher Gewalt bzw. bei Gewalt in der Familie hört sich gut an und wäre auch sehr sinnvoll. In der Praxis sehe ich jedoch Probleme, mit dem vorhandenen Personal zusätzlich noch auffällige Familien zu begleiten, in denen Gewalt in der Vergangenheit an der Tagesordnung war.

Der Schutz von Einsatzkräften – ich schließe mich dem an, was der Kollege Huth gerade gesagt hat – darf nicht nur für Polizistinnen und Polizisten gelten, sondern für alle, die in entsprechenden Bereichen tätig sind. Natürlich müssen auch diese Kolleginnen und Kollegen bestmöglich ausgestattet und geschützt werden. Hier muss dringend etwas passieren. Soweit wir das beurteilen können, ist das bislang nicht ausreichend.

Fortbildungen sind ein ganz wichtiges Thema, bei dem gerade im Hinblick auf die Polizei zum Teil Defizite auszumachen sind. Wir müssen aufpassen, nicht in eine Sackgasse zu geraten und unsere Kolleginnen und Kollegen in verschiedenen Bereichen nicht mehr auf den aktuellen Stand bringen zu können. Natürlich müssen Fortbildungen auch für andere Bereiche angeboten werden, gerade was den Umgang mit Gewaltdelikten und Konfliktsituationen betrifft. Ich appelliere an alle, hier den Finger in die Wunde zu legen. Auch Menschen, die im kommunalen Dienst arbeiten, Lehrer etc. haben einen Anspruch darauf, im Rahmen von Fortbildungen auf solche Konfliktsituationen vorbereitet zu werden.

Unser Vorschlag im Themenfeld „Justiz“ ist es, dass der Strafraum in § 114 StGB auf sechs Monate erweitert wird. Das möchte ich ergänzend zu dem vorher zu diesem Themenfeld Gesagten anmerken.

Die Ausbildung unserer Polizei ist im europäischen Vergleich sehr gut; viele beneiden uns darum. Die Anteile zwischen Theorie, Praxis und Training sind optimal aufeinander abgestimmt. Diese Ausbildung hat einen hohen Qualitätsstandard und wir sollten alles dafür tun, dass wir sie in dieser Form als Einheitsausbildung erhalten.

Die Frage zum mittleren Dienst verbietet sich aufgrund des aussagekräftigen und deutlichen Kienbaum-Gutachtens. Wir sind stolz auf die zweigeteilte Laufbahn bei der Polizei und halten sie für absolut richtig. Der Wiedereinführung des mittleren Dienstes, auch für normale Streifentätigkeit, erteilen wir eine klare Absage.

Vorsitzende Angela Erwin (IA): Ich danke allen Sachverständigen für die Antworten in der zweiten Runde. Es scheinen keine Fragen offengeblieben zu sein.

Innenausschuss (15.)

11.05.2023

Rechtsausschuss (15.)

ha

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (24.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Ich danke allen Sachverständigen, sowohl denen im Plenarsaal als auch den virtuell zugeschalteten, für die wertvollen Beiträge, die wir in die weitere parlamentarische Arbeit mitnehmen werden. Das Protokoll der Anhörung wird demnächst im Internetangebot des Landtags abrufbar sein. Mit Vorlage des Protokolls werden sich die Ausschüsse weiter mit dem Antrag befassen.

Ich wünsche den Sachverständigen und auch den Zuhörerinnen und Zuhörern eine gute Rückreise.

Die nächste Sitzung des Innenausschusses findet heute ab 13:15 Uhr statt. Die Sitzung ist geschlossen. Vielen Dank.

gez. Angela Erwin
Vorsitzende IA

Anlage

26.05.2023/05.06.2023

Anhörung von Sachverständigen
des Innenausschusses, des Rechtsausschusses und
des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Einsatzkräfte schützen und Vertrauen in die Handlungsfähigkeit unseres Rechtsstaates bewahren – die Landesregierung muss Konsequenzen aus der Silvesternacht ziehen!

Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 18/2553

am Donnerstag, dem 11. Mai 2023
10.00 bis (max.) 12.00 Uhr, Plenarsaal, Livestream

Tableau

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Gewerkschaft der Polizei Landesbezirk Nordrhein-Westfalen Michael Mertens Geschäftsstelle Düsseldorf	Michael Maatz Andreas Nowak	18/530
Deutsche Polizeigewerkschaft Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V. Erich Rettinghaus Landesgeschäftsstelle Düsseldorf	keine Teilnahme	18/512
Bund Deutscher Kriminalbeamter Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V. Oliver Huth Düsseldorf	Oliver Huth	18/550
Verband der Feuerwehren in NRW e. V. - VdF NRW Wuppertal	Stefan Meuter	18/552
Professorin Dr. Anja Schiemann Rechtswissenschaftliche Fakultät Institut für Strafrecht und Strafprozessrecht Universität zu Köln Köln	keine Teilnahme	---
Anna Rau Geschäftsführerin Deutsch-Europäisches Forum für Urbane Sicherheit e.V. Hannover	Anna Rau <i>(per Videozuschaltung)</i>	---

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Professor Dr. Andreas Zick Wissenschaftlicher Direktor Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) Universität Bielefeld Bielefeld	Prof. Dr. Andreas Zick	18/520
Ahmad Mansour Mansour-Initiative für Demokratieförde- rung und Extremismusprävention (MIND) GmbH Berlin	Ahmad Mansour	18/535